

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung**

**– Drucksachen 19/19002, 19/19583 –**

### **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundestag lehnt die Verlängerung des Einsatzes deutscher Soldaten im Rahmen der militärischen Ausbildungsmission der Europäischen Union (EU), EUTM Mali, ebenso ab wie die fortgesetzte Beteiligung der Bundeswehr an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, MINUSMA.

Die Militärmissionen haben Mali und seinen Nachbarstaaten nicht mehr Sicherheit gebracht. EUTM Mali und MINUSMA sind seit 2013 im Einsatz. Seit 2016 hat sich in Mali und dann zunehmend auch in den Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert. Im Jahr 2019 wurden in den drei Ländern 4800 Menschen in bewaffneten Konflikten getötet. 220000 Menschen befinden sich innerhalb von Mali auf der Flucht. Die politischen Verhältnisse bleiben instabil, wie die niedrige Beteiligung an den Parlamentswahlen Ende März 2020 (35 % Wahlbeteiligung) und die Entführung des Oppositionsführers mitten im Wahlkampf verdeutlichen.

In Zentralmali ist ein neuer Konfliktherd entstanden, dem viele Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer gefallen sind. Die Tatsache, dass die Mehrheit der malischen Soldaten durch die Bundeswehr und andere europäischen Streitkräfte ausgebildet worden sind, hat nicht dämpfend gewirkt, im Gegenteil. Die malischen Streitkräfte sind selbst an diesem Konflikt beteiligt und haben sich ethnisch motivierter Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Zugleich haben islamistische Terrorgruppen und Aufständische ihr Aktionsgebiet auf angrenzende Regionen in den Nachbarstaaten ausgedehnt. Die massive Präsenz ausländischer Truppen konnte sie nicht daran hindern.

All dies zeigt: Die komplexen Konflikte in der Region sind militärisch nicht zu lösen, schon gar nicht mit einem Anti-Terror-Kampf, der in der Zivilbevölkerung immer mehr Opfer fordert. Internationale Menschenrechtsorganisationen werfen den malischen Sicherheitskräften vor, dass es in ihren Anti-Terror-Einsätzen, die von der französischen Operation Barkhane unterstützt werden, immer wieder zu brutalen Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung und Menschenrechtsverletzungen kommt.

Dennoch soll diese militärische Präsenz weiter verstärkt werden: Barkhane wird um

600 auf 5100 Soldaten verstärkt. Mehrere EU-Mitgliedstaaten bereiten eine zusätzliche Anti-Terror-Mission mit Namen Takuba vor, die unter dem Kommando der Operation Barkhane durchgeführt werden soll. Die Afrikanische Union (AU) beschloss auf ihrem Gipfel im Februar 2020, eine Mission mit 3000 Soldaten in die Region zu entsenden. Zusätzlich zu den bestehenden Missionen MINUSMA (12.000 Soldaten) und EUTM Mali (derzeit 745 Soldaten) sowie der gemeinsamen Einsatztruppe der G5-Staaten (Mali, Mauretanien, Niger, Burkina Faso, Tschad) mit 5000 Soldaten und einer geplanten zusätzlichen mobilen Eingreiftruppe im Rahmen von MINUSMA bedeutet das eine unverantwortliche Militarisierung der Region.

Auch die Bundesregierung verstärkt mit dem neuen Mandatsantrag den militärischen Einsatz. Das Einsatzgebiet der Bundeswehr im Rahmen von EUTM Mali soll nach dem Willen der Bundesregierung ohne jede weitere Begründung versiebenfacht werden und die Gesamtfläche der fünf Sahel-Staaten umfassen. Darin enthalten sind auch die Konfliktzonen am Tschadsee.

Die Personalobergrenze bei EUTM Mali wird von 350 auf 450 Soldaten angehoben. Zusammen mit der Obergrenze bei MINUSMA können dann bis zu 1550 Bundeswehrsoldaten in Mali und den Nachbarstaaten zum Einsatz kommen. Das wäre der größte deutsche Auslandseinsatz derzeit.

Die einsatzbedingten Zusatzkosten für EUTM Mali sollen nach dem Wunsch der Bundesregierung mehr als verdoppelt werden. Die Kosten für die Beteiligung an den beiden Missionen belaufen sich damit im neuen Mandatszeitraum (Juni 2020 bis Mai 2021) auf 412 Mio. Euro, und liegen somit um 57 Mio. Euro höher als im vergangenen Mandatszeitraum. Dieses Geld wäre in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Mali und seinen Nachbarländern besser investiert.

Auch qualitativ soll sich der Einsatz in EUTM Mali ändern. Die Bundeswehrsoldaten sollen Soldaten der malischen Armee und der Armeen der anderen G5-Staaten künftig nicht nur ausbilden, sondern auch im Einsatz begleiten. Dies bedeutet eine mittelbare Verwicklung in Kampfoperationen in einem Konflikt ohne militärische Fronten, in denen der Unterschied zwischen Zivilisten und Kombattanten für Außenstehende häufig nicht erkennbar ist. Die Angehörigen der Bundeswehr werden auf diese Weise in einen nicht einschätzbaren bewaffneten Konflikt hineingezogen. Die Gefahr von Anschlügen und Vergeltungsaktionen gegen sie erhöht sich dadurch erheblich.

Angesichts der COVID-19-Pandemie stellen Bundeswehreinsätze im Ausland immer auch eine zusätzliche Gefahr für die beteiligten Soldaten und die Menschen an den Einsatzorten dar. EUTM Mali hat bereits neun, MINUSMA 26 Infizierte gemeldet (Stand: 11. Mai 2020). Die Trainingseinheiten von EUTM Mali sind seit Anfang April 2020 ausgesetzt. Konsequenterweise im Interesse der Soldatinnen und Soldaten wäre es, sie komplett aus den Einsatzgebieten abzuziehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr aus der EU-Mission EUTM Mali und aus der VN-Mission MINUSMA abzuziehen;
2. in der EU für die Beendigung der Mission EUTM Mali einzutreten;
3. im Sicherheitsrat der VN für die Beendigung der Mission MINUSMA einzutreten;
4. die einsatzbedingten Zusatzkosten entwicklungspolitische Investitionen und humanitäre Hilfe für Mali und die übrigen G5-Staaten umzuwidmen.

Berlin, den 26. Mai 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**